

Budgetberatung.
RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 440
Karl H o n a y
Wien, am Dienstag, den 10. Dezember 1929.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 10. Dezember 1929. I. Blatt.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat setzt die Generaldebatte über den Voranschlag für 1930 fort.

StR. Rummelhart (E.L.) führt aus, dass sowohl der Bürgermeister, als auch der Finanzreferent ein Klagelied angestimmt haben, dass im letzten Halbjahr so viel vom Bürgerkrieg die Rede war. Sie haben ihrer Meinung Ausdruck gegeben, dass das Gerede vom Bürgerkrieg sehr viel dazu beigetragen hat, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschlechtern und das Ausland gegen Oesterreich aufzustacheln. Ich stelle fest, dass Sie und Ihre Presse es waren, die vom Bürgerkrieg gesprochen haben. Von unserer Seite hat niemand das Wort vom Bürgerkrieg in den Mund genommen. Sie aber haben Tatengesetz, die einer Vorbereitung zum Bürgerkrieg sehr ähnlich gewesen sind. Ich erinnere nur an den 15. Juli 1927. Damals haben Sie den Bürgerkrieg inauguriert. Ehe die Heimwehr da war, war der Schutzbund da, ehe die Heimwehr marschiert ist, ist Ihr Schutzbund marschiert. Sie haben damit nicht nur die Bevölkerung, sondern auch den Nationalrat beunruhigt, da Sie wiederholt durch Ihre Aufmärsche versucht haben, den Forderungen der sozialdemokratischen Nationalräte im Parlament Nachdruck zu verleihen. Es ist eine Felonie des Bürgermeisters und des Finanzreferenten, über die Redereien vom Bürgerkrieg ein Klagelied anzuheben. Sie müssen vor allem Ihre Presse und die Ihnen nahestehende Presse vom Morgen bis zum Abend beeinflussen, damit sie nicht immer vom Bürgerkrieg reden. Als der Justizpalast brannte, war in Ihren Blättern vom Bürgerkrieg nicht die Rede. Damals hätten Sie auftreten müssen, damals hätten Sie die Auflösung des Schutzbundes verlangen müssen. Sie müssen sich heute selbst an die Brust klopfen und selbst in Ihren Reihen Mode machen. Das Wort von der Gewalt haben Sie und Ihre Leute am 15. Juli 1927 ausgelöst. Wir werden Sie nicht hindern, den Frieden in unserer Stadt herzustellen und ihn zu bewahren. Trachten Sie jedoch, dass aus den Reihen Ihrer Leute heraus nicht Ereignisse geschehen, die den Frieden gefährden. Schaffen Sie den Terror ab, die Gesetzlosigkeit in Ihrer Verwaltung, dann wird es niemanden einfallen, gegen die Stadtverwaltung zu revoltieren. Die Ausübung der Gewalt ist schon seit Jahren Ihre Sache in dieser Stadt und in diesem Haus. Stadtrat Breitner hat von einer Wirtschaftsnot gesprochen. Nun schaffen Sie den Steuerterror ab, ermässigen Sie die Steuern, und schaffen Sie den Terror in den Personalangelegenheiten ab, dann wird Ruhe und Frieden einkehren. Die Rede vom Bürgerkrieg hat das Ausland nicht beunruhigt, wohl aber Ihre geheime Agitation. Dieser hochverräterische Akt ist die Hauptursache, warum das Ausland zu Oesterreich kein Vertrauen hat. Wir wollen in Frieden mit Ihnen verwalten, aber da müssen Sie zuerst alle Vorbedingungen dazu schaffen. Ihre Internationale hat sich nicht bewährt, den Krieg zu verhindern. Jetzt aber nehmen Sie durch Ihre Internationale Einfluss auf gewisse kapitalistische Kreise, um die Kreditfähigkeit unseres Vaterlandes herabzusetzen.

Die Wiener religiös gesinnte Bevölkerung hat es vollkommen satt, der Entwicklung des Schulwesens in Wien noch länger zuzusehen. Wir hoffen, dass die neue Verfassung endlich einmal den Wiener Stadtschulrat zwingen wird, das Gesetz zu achten. Der Paragraph 1 des Volksschulgesetzes schreibt die sittlich-religiöse Erziehung in den Volksschulen vor. Sie legen jedoch dieser Erziehung alle möglichen Hindernisse in den Weg. Vor Jahren, als noch Seitz, Täubler und Glöckel die freien Lehrer führten, schrieb die "Freie Lehrerstimme", wenn Stellen um acht oder vierzehn Tagen zu spät ausgeschrieben wurden, dass sei ein Akt unglaublicher Schädigkeit und einer Haupt- und Residenzstadt unwürdig. Heute jedoch werden systemisierte Stellen der definitiven Religionslehrer durch Jahre hindurch nicht ausgeschrieben. Mit dieser Praxis muss endlich einmal gebrochen werden. Der Bürgermeister hat in seiner Rede den Finanzreferenten und den Magistratsdirektor belobt. Die Mehrzahl der Bevölkerung, Herr Stadtrat Breitner, lobt Sie nicht. Wir können uns auch nicht dem Lob des Bürgermeisters über den Magistratsdirektor anschließen, da dieser seine Fähigkeit und sein Wissen dazu verwendet, Recht im Unrecht und Unrecht in Recht zu verkehren. Einer der wundensten Punkte in Ihrer Verwaltung ist die Personalpolitik. Wir müssen verlangen,

dass die Personalverwaltung endlich einmal entpolitisiert werde. Sie müssen auch damit brechen, nur mit den Majoritätsgewerkschaften zu verhandeln. Wir verlangen die Schaffung einer Stelle, in der alle Angestellten paritätisch vertreten sind. Mit dieser Stelle müssen Sie dann verhandeln. Die gleiche parteipolitische Einstellung finden wir bei den Schulleiterernennungen. Auch hier muss Remetur geschaffen werden. Wir verlangen ferner, dass der Unterricht in weiblichen Handarbeiten einer fachlichen Inspektion unterstellt werde. Zu Fachschulinspektorinnen dürfen aber nicht patentierte Parteimitglieder, sondern Fachleute berufen werden. Es ist bedauerlich, dass wir noch immer keinen Schulreferenten in der Verwaltung haben, und es wäre höchste Zeit, einen solchen zu bestellen. Der Redner stellt dann folgenden Antrag: Aus dem Gemeinderat ist mit proportionaler Vertretung der politischen Parteien eine Kommission zu wählen, mit der Aufgabe, das Referat über die Schulleiterernennungen in Wien an den Stadtsenat vorzubereiten. Der Redner schliesst seine Ausführungen mit einem Appell an die Mehrheit, alles abzuschaffen, was den Hass in der Bevölkerung gegen die Gemeindeverwaltung grosszieht, damit wieder Frieden eintrete. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

StR. Breitner führt sodann aus: Stadtrat Kunschak hat in der letzten Gemeinderatssitzung unter anderem auch über die mit der Steinag abgeschlossenen Ziegellieferungsverträge gesprochen. Stadtrat Kunschak hat gemeint, es sei unsere Pflicht, so rasch als möglich den Sachverhalt vollständig klar zustellen, dieses mysteriöse Dunkel aufzuhellen, um jeder weiteren Rekrimation ein Ende zu bereiten. Aus diesem Grunde wartete ich nicht das Schlusswort der Generaldebatte ab, sondern äussere mich schon jetzt zu der aufgeworfenen Frage. StR. Kunschak führte an, dass im Jahre 1926 die Steinag eine Lieferung von 20 bis 25 Millionen Ziegel zum Preise von 42 Schilling für 1000 Stück anstrebte, also tief unter dem Marktpreis, der damals 48 Schilling betragen habe. Dieser Vertrag konnte aber nicht zustande gebracht werden, weil man damals auf die Steinag einen sehr ungebührlichen Druck ausgeübt habe. Es wurde der Steinag angeblich erklärt, sie könne den Ziegelvertrag nur bekommen, wenn sie das Werk in Raggendorf ankaufe. Die Steinag musste sich angeblich dem fügen. Daraufhin wurde der Ziegelvertrag abgeschlossen, aber nicht zu 42 Schilling gegenüber einem Marktpreis von 48 Schilling, wie das die Steinag ursprünglich angeboten hatte, sondern zu einem Preis von 52 Schilling.

Demgegenüber stelle ich auf Grund der Akten und der sorgfältigst gepflogenen Erhebungen folgendes fest:

Die Steinag hat sich im Jahre 1925 mit der Absicht beschäftigt, das Ziegelwerk in Raggendorf anzukaufen. Nach dem bei der Steinag geführten Aufzeichnungen war dafür der Umstand massgebend, dass das Material vorkommen in Raggendorf als besser erklärt wurde, als das in Schwechat. In Raggendorf sollte insbesondere der sehr kostspielige Vermahlungsprozess, der beim Schwechater Material erforderlich ist, in Wegfall kommen. Um jene Zeit hatte Senatsrat Hula, den Stadtrat Kunschak besonders erwähnt hat, mit der Verwaltung der Steinag noch gar nichts zu tun. Irgend eine Einflussnahme durch das Rathaus, von welcher Seite immer, Raggendorf anzukaufen, ist nicht erfolgt. Es liegt hierüber eine vollkommen eindeutige schriftliche Bekundung der Mitglieder des Verwaltungsrates Johann Blaschczik, Vizepräsident der Königshofer Zementfabriks A.G. und Verwaltungsrat der Steinag, und des Moriz Leitersdorf, Direktor der Niederösterreichischen Escomptegesellschaft und Vizepräsident der Steinag vor.

Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Gegenüber der Behauptung des Herrn Stadtrates Kunschak in der Sitzung des Gemeinderates vom 6. Dezember 1929, das vom Rathaus auf die Steinag ein Druck ausgeübt wurde, das Werk in Raggendorf anzukaufen, bekunden wir folgendes und sind jederzeit bereit, es vor jedem Forum zu wiederholen:

Zum erstenmal ist Herr Trebitsch längere Zeit vor dem später im Jahre 1926 erfolgten Ankauf an die Steinag herantreten. Es handelte sich damals nicht um einen Kauf, sondern es war nur die Rede von einer Pachtung, da Trebitsch bereits in Zahlungsschwierigkeiten war. Da ganz bedeutende Investitionen notwendig gewesen wären, für die aber Trebitsch keine Sicherstellung geben konnte, ist die Pachtung nicht zustande gekommen. Als Trebitsch im Ausgleich war, ist die Amerika-Slovakische Bank in Bratislava durch ihren Vertreter an die Steinag herantreten, ob sie nicht ihre Hypothekarforderung mit erheblichem Nachlass abkaufen wolle. Es wurde beantragt, zuerst das Werk Raggendorf zu besichtigen. Diese Besichtigung hat stattgefunden und es wurde ein günstiges Gutachten erstattet. Der Grund, warum sich die Steinag für Raggendorf interessierte, war

der, dass das Material dort besser und die Erzeugung billiger sein sollte. Man hat diese Vorteile allerdings überschätzt. Vor allem aber ist der Bedarf der Gemeinde an Kalksteinziegeln geringer geworden. Daher hat man sich entschlossen, das Werk in Raggendorf stillzulegen.

Der Ziegelschluss 1926 wurde, so haben wir festgestellt, laut Ausschlussbeschluss vom 16. Juni 1926 genehmigt und zwar nicht mit einem Preis von 50 oder 52 Schilling, sondern zu einem Preis von 41 Schilling. Die Erhöhung der Ziegelpreise ist erst für den Schluss im Jahre 1927 eingetreten. Mit Ausschussbeschluss vom 8. Juni 1927 wurde ein Schluss von 15 Millionen Stück zum Preise von 50 Schilling genehmigt und dieser Preis deshalb bewilligt, weil auch die anderen Ziegelwerke einen höheren Preis bekommen hatten.

Wir wollen noch feststellen, dass die Erhöhung des Preises für Kalksteinziegel auf den für die roten Ziegel geltenden Preis vollkommen gerechtfertigt war. Die Erzeugungskosten sind dieselben. Kalksteinziegel waren überhaupt nicht billiger zu erzeugen. Der Preis mit 40 und 41 Schilling war ein absoluter Verlustpreis. Dass der Preis von 50 Schilling nur ein reiner Selbstkostenpreis war und keinen Gewinn einschloss, wird wohl am deutlichsten dadurch bewiesen, dass die Ziegelproduktion in Schwechat auch bei dem Preise von 50 Schilling nicht aufrechterhalten werden konnte und eingestellt wurde.

Wir bekunden ausdrücklich, dass von keiner Person des Rathauses irgendwie auf die Verwaltung der Steinag ein Druck ausgeübt worden ist, das Werk Raggendorf zu kaufen.

Senatsrat Ing. Otto Hula, der damals Vorstand der Mag. Abteilung für Baustoffbeschaffung gewesen ist, hat die folgende Erklärung abgegeben:

Ich erkläre hiemit unter Berufung auf meinen Amtseid neuerdings, dass mir vor und nach dem Ankauf niemals etwas zu Ohren gekommen ist, dass von irgend einer Person des Rathauses irgendwie auf die Steinag ein Druck ausgeübt worden wäre, Raggendorf zu kaufen. Ich selbst habe einen diesbezüglichen Druck nie ausgeübt.

Von dem Direktionsrat Fritz Markert, der zu jener Zeit Leiter der Keramischen Gruppe in der Mag. Abteilung für Baustoffe Beschaffung war und diesen Posten auch gegenwärtig noch bekleidet, liegt die folgende Bekundung vor:

Ich erkläre hiemit unter Berufung auf meinen Dienstseid, dass mir in der ganzen damaligen Periode nichts zu Ohren gekommen ist, was man als einen Druck auf die Steinag zur Erwerbung des Raggendorfer Werkes deuten könnte. Die Mag. Abteilung 40 selbst hatte an einer solchen Fusion sachlich gar kein Interesse, da dadurch nur zwei Konkurrenten unter einen Hut gebracht wurden, was vom Standpunkte der Einkaufstaktik keineswegs erstrebenswert war. Soweit ich die Verhandlungen selbst geführt habe oder an ihnen teilnahm, haben die damaligen Machthaber der Steinag niemals die leiseste Erwähnung getan, dass sie zu einem Ankauf des Raggendorfer Werkes gedrängt worden oder durch den Ankauf dieses Werkes bei der Gemeinde Wien einen besseren Preis zu erzielen hofften. Nach meinen Eindrücken ging der Antrieb zur Erwerbung des Raggendorfer Werkes ausschliesslich von dem damaligen Direktor der Steinag Ingenieur Erwin Abeles aus, dem es unerwünscht war unter der Konkurrenz des über ein besseres Naturvorkommen verfügenden Raggendorfer Werkes zu stehen, und der sich durch eine Zusammenfassung der beiden Betriebe eine wesentliche Verbesserung des Betriebserfolges erhoffte.

Nach allen diesen Feststellungen ist also die Erwerbung von Raggendorf aus dem vollkommen freien Entschluss der Verwaltung der Steinag erfolgt. Uebrigens geschah, was hervorgehoben werden soll, der Ankauf nicht unmittelbar von dem damaligen grundbücherlichen Besitzer. Die seither liquidierte Amerika Slovenska Banka hatte auf Raggendorf eine Hypothek von 430.000 Schilling. Sie bot sie der Steinag für 300.000 Schilling an. Das Exekutivkomitee der Steinag hat in seiner Sitzung vom 13. Jänner 1926 beschlossen, die Hypothek um diesen Preis zu erstehen. Der Verwaltungsrat der Steinag hat in Anwesenheit des Vertreters der Minderheit des Gemeinderates am 15. Jänner 1926 diesem Antrag des Exekutivkomitees zugestimmt. Am 14. April 1926 kam Raggendorf in gerichtliche Zwangsversteigerung. Bei diesem Anlass wurde das Werk von der Steinag als Bestbieterin erstanden.

Ich komme nun zu den mit der Steinag getätigten Ziegelschlüssen. Im Jahre 1926 hat die Steinag den Magistrat 18 Millionen Stück Ziegel angeboten. Davon sollten 8 Millionen in Raggendorf und 10 Millionen in Schwechat erzeugt werden. Als Preis waren 41 Schilling genannt. Dieser Vertrag ist auch tatsächlich zustande gekommen. Am 16. Juni 1926 hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten in diesem Sinne beschlossen. Die Mitteilungen, die dem Stadtrat Kunschak diesbezügliche gemacht worden sind, stimmen also mit den Tatsachen nicht überein. Es ist unzutreffend,

dass die Steinag ursprünglich nur 41 Schilling verlangt hat und diesen Vertrag solange nicht durchsetzen konnte, als sie nicht Raggendorf anzukaufen bereit war, dass ihr aber dafür dann 52 Schilling zugestanden worden sind.

Die Steinag hat zu dem Tiefpreis von 41 Schilling, der auch laut Angabe des St. R. Kunschak wesentlich unter dem damaligen Marktpreis gewesen ist, zu liefern begonnen. Es sind zwei Millionen Stück zur Ablieferung gelangt. Im Frühjahr 1926 hat sich aber bei der Steinag folgendes ereignet:

Der Verwaltungsrat hat sich am 15. Mai 1926 veranlasst gesehen, das Dienstverhältnis mit dem leitenden Direktor der Steinag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu lösen. Es kam zu einem Prozess vor dem Gewerbegericht. Die Steinag führte in diesem Prozess unter anderem an, dass eine gänzliche Fehlkalkulation des Ziegelschlusses mit der Gemeinde Wien erfolgt sei und die Erfüllung dieses Ziegelschlusses die schwersten Verluste zur Folge haben müsse. Die Steinag ist sodann im Jahre 1927 an die Gemeinde herangetreten, man möge diesen für sie unbedingt ruinösen, ja geradezu unerfüllbaren Ziegelschluss aufheben. Die Steinag bat, ihr jene Preise zuzugestehen, den alle anderen Ziegellieferanten zugestanden erhalten haben und der ohnehin nur die knappsten Selbstkosten decken.

In Würdigung dieser Gründe hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten in seiner Sitzung vom 8. Juni 1927 der Auflösung des alten Ziegelschlusses zugestimmt und einen neuen Auftrag auf Lieferung von 15 Millionen Ziegel erteilt. Der Preis war 50 Schilling, nicht 52 Schilling. Es ist dies, wie bereits hervorgehoben, genau jener Preis, der auch den anderen grossen Ziegellieferanten der Gemeinde nachweisbar zugestanden worden ist. Diese Gleichstellung der Preise konnte auch deshalb erfolgen, weil es in zwischenzeitig geführten Verhandlungen gelungen war, eine Aenderung der Baumeisterverträge durchzusetzen. Bis dahin hatte nämlich die Klausel bestanden, dass bei Verwendung des infolge seines Gewichtes und der Schärfe seiner Kanten schwer handlichen Steinagziegels ein besonderer Aufschlag geleistet werden müsse.

Es sei besonders hervorgehoben, dass im Juni 1927 die Leitung der Baustoffe Abteilung nicht mehr Senatsrat Hula, sondern Oberbaurat Gundacker innehatte. Es hat also nicht etwa eine Unvereinbarkeit der Ämter bestanden.

In diesem Zusammenhang muss auch auf die Entstehungsgeschichte der Beteiligung der Gemeinde an der Steinag verwiesen werden. Der Gemeinderat hat am 20. Oktober 1922 die Errichtung einer eigenen städtischen Anstalt für Betonwarenerzeugung beschlossen. Diese hätte selbstverständlich sehr bedeutende Kosten erfordert. Daraufhin hat sich die Steinag in Schwechat gemeldet und der Gemeinde 36 Prozent ihrer schon bestehenden Fabrik zum Preis von 36.000 Schilling angeboten. Es war dies wesentlich unter dem tatsächlichen Wert. Damals ist der Steinag zugesichert worden, dass sie bei Lieferungen an die Gemeinde bei gleichen Verhältnissen bevorzugt werden würde. Man darf nicht vergessen, dass damals eine ausserordentliche Ziegelnot herrschte. Der Gemeinde ist die Sicherung der verhältnismässig grossen Erzeugung der Steinag sehr erwünscht gewesen. Die Zubilligung des Preises von 50 Schilling, wie ihn alle anderen Ziegelfabriken bekommen haben, war also durchaus im Sinne der seinerzeitigen Vereinbarungen. Es hatte dies, wie dargelegt, mit dem Ankauf von Raggendorf weder ursächlich noch der Zeit nach irgendeinen Zusammenhang. Uebrigens ist es niemals Gepflogenheit des Magistrates, die Erfüllung eines für den Kontrahenten unzweifelhaft schweren Verlustvertrages, der auf eine offenkundige Fehlkalkulation zurückzuführen ist, zu erzwingen. Es wäre dies ganz unrichtig gegenüber einem Unternehmen gewesen, an dem die Gemeinde selbst beteiligt ist.

Es hat schliesslich Direktor Leitersdorf, den Stadtrat Kunschak besonders in seiner Rede erwähnt hat, an mich noch folgende Zuschrift gerichtet:

St-R-Kunschak hat in seiner Rede in der Sitzung des Gemeinderates vom 6. Dezember über die Steinag auch meinen Namen genannt. Der Zusammenhang kann nur darin bestehen, dass in der "Freiheit" eine Notiz erschien, in der behauptet wurde, dass ich Senatsrat Hula bestochen hätte. Gegenüber dieser Beschuldigung habe ich das einzige in einer solchen Lage überhaupt Mögliche getan, nämlich die gerichtliche Klage erhoben. Leider ist im Zuge der Verhandlung Dr. Clauser, der ehemals Verwaltungsrat der Steinag war, gestorben. Diese Tatsache macht es mir auch unmöglich, mich heute über ihn zu äussern. Ich begnüge mich, Ihnen das Endergebnis der Gerichtsverhandlung mitzuteilen. Es bestand darin, dass der beklagte verantwortliche Redakteur folgende Ehrenerklärung abgegeben hat:

Ich habe mich im Laufe des Verfahrens durch eingehende Erhebungen davon überzeugt, dass der Inhalt aller inkriminierter Artikel den Tatsachen nicht entspricht und daher in keiner Weise erwiesen werden kann. Ich habe die volle Ueberzeugung gewonnen, dass weder dem Senatsrat Otto Hula, noch dem Obermagistratsrat Dr. Rudolf Neumayer, noch dem Oberbaurat Adolf Fuchs, noch dem Direktor Moriz Leitersdorf in irgendwelcher Richtung der allergeringste Vorwurf, der ihrer Ehre nahe treten könnte, gemacht werden kann und dass sich diese Herren einwandfrei und untadelig benommen haben. Ich ziehe daher alle erhobenen Beschuldigungen mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns bedingungslos zurück, bitte die obgenannten Herren um Entschuldigung und verpflichte mich zur Zahlung sämtlicher Kosten des Verfahrens".

Ich habe mich bemüht, schliesst St.R. Breitner, eine klare und sehr genaue Darstellung des ganzen Tatbestandes zu geben. Es geht daraus hervor, dass von mysteriösen Vorgängen nicht gesprochen werden kann. Ich erkläre ausdrücklich, dass ich durchaus bereit bin, alle weiteren Aufschlüsse, die in dieser Sache noch irgend wie gewünscht werden sollten, zu erteilen, weil wir selbst den grössten Wert darauf legen, dass jede solche Angelegenheit restlos aufgeklärt wird.

St.R. Kunschak (E.L.) spricht zunächst dem Stadtrat Breitner seinen Dank aus, dass dieser so rasch und eingehend dem Gemeinderat über die Angelegenheit berichtet hat. Der strittige Punkt in der ganzen Frage ist, ob auch die Steinag ein ~~Wk~~ ungebührlicher Druck hinsichtlich des Ankaufs von Raggendorf ausgeübt wurde, oder nicht. Wenn Direktor Leitersdorf und ein anderer Herr in einer Zuschrift behaupten, dass das nicht der Fall gewesen sei, stelle ich demgegenüber fest, dass meine Angaben in der letzten Gemeinderatssitzung auf einer eidesstattlichen Erklärung des Verwaltungsrates der Steinag Dr. Klauser beruhen. Wenn Direktor Leitersdorfer meint, dass sich bei meinen Bemerkungen auf eine Notiz in der Freiheit gründen, so ist das unrichtig. Ich werde Gelegenheit nehmen, dem Direktor Leitersdorfer auf sein Schreiben an den Gemeinderat das mitzuteilen, was Direktor Klauser vor mir und anderen Zeugen im Wiener christlichsozialen Parteisekretariat niedergelegt hat, wobei Direktor Leitersdorfer als derjenige genannt wird, der in dieser Sache die vermittelnde Rolle gespielt hat. Dr. Klauser ist vor Abschluss der Gerichtsverhandlung, in der er als Zeuge hätte vernommen werden sollen, plötzlich gestorben. Ich habe von seinen Angaben, die noch viel weiter gehen und sogar an die persönliche Ehre einzelner Persönlichkeiten greifen, nur in diesem einen Belange Gebrauch gemacht, eben mit Rücksicht darauf, dass Dr. Klauser gestorben ist.

GR. Zimmerl (E.L.) kommt zunächst auf die Schlussrede des Stadtrates Breitner zum Rechnungsabschluss für das Jahr 1928 zurück und bemerkt, auch seine Partei würde es natürlich für das Beste halten, wenn weder die Wirtschaft noch die Gemeinde verarme. Wohl aber wenden wir uns dagegen, dass sich die Gemeinde in einer Zeit, in der die Wirtschaft so arg darniederliegt, sprunghaft bereichert. Sie sprechen immer von der Beunruhigung, die in der Wirtschaft infolge der politischen Ereignisse eingetreten sei. Dafür ist aber lediglich die sozialdemokratische Partei verantwortlich, die nichtzutreffende Nachrichten ins Ausland gebracht hat. Es ist sicher richtig, dass die 40 Millionen Abhebungen die Wirtschaft nicht günstig beeinflusst haben. Aber wenn Sie erklären, dass diese 40 Millionen Abhebungen der Wirtschaft geschadet haben, wie müssen ihr erst die tausend Millionen geschadet haben, die Sie im Laufe der Jahre aus der Wirtschaft herausgezogen und als Vermögen der Gemeinde angesammelt haben. GR. Zimmerl verwahrt sich sodann gegen die Behauptung des St.R. Breitner, dass er davon gesprochen hätte, die Gemeinde Wien sei ein Siechenhaus; in Wahrheit habe er gesagt, dass wir in der Gemeinde Wien ein Siechenhaus für verkrachte Betriebe haben. Es ist auch ganz unsachgemäss, wenn St.R. Breitner die Verluste, die ich für ein einziges Jahr bei den städtischen Betrieben errechnet habe, all den Summen gegenüberstellt, die in den zehn Jahren ausgegeben wurden und daraus einen geringen Prozentsatz für die Verluste errechnet; man müsste natürlich die Verluste dieses einen Jahres den Ansätzen für das eine Jahr gegenüberstellen. Was insbesondere die Verluste bei der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft betrifft, so weisen wir darauf auch vor allem deshalb hin, um Ihr

Doppelspiel aufzuzeigen. Der Grossagrariere ist sonst für den Sozialdemokraten der Typus des Lebensmittelwucherers. Hier bei der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft ist die Gemeinde Wien selbst Grossagrariere und da wird nun unter Hinweis auf die agrarische Krise erklärt, es sei ganz selbstverständlich, dass man Verluste habe erleiden müssen. StR. Breitner hat auch erklärt, die Mehrheit habe sich gegen die Kontrolle durch den Obersten Rechnungshof gewehrt, weil das eine Verletzung der Gemeindeautonomie sei. Wir hätten diese Kontrolle nie verlangt, wenn Sie der Minderheit nicht die ihr auf Grund der Verfassung zustehenden Kontrollrechte nicht verweigert hätten. Wir haben bis zum Verwaltungsgewichtshof gehen müssen und haben doch nichts anderes verlangt, als dass Sie uns zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen auch die Inventuren zur Verfügung stellen. Das haben Sie uns verweigert, ebenso wie Sie uns die Beilagen zu dem Rechnungsabschluss verweigern. Ebensowenig ist uns trotz meines Verlangens der Akt zum Kontrollamtsbericht zur Verfügung gestellt worden. Aber auch jetzt, anlässlich der Verfassungsreform wollte man erst nur die Kontrolle der Hoheitsverwaltung durch den Obersten Rechnungshof zugestehen, dann hat man auch die Kontrolle der Monopolbetriebe zugelassen. Warum nicht auch die Kontrolle der anderen Betriebe? Das muss das grösste Misstrauen erwecken. Gemeinderat Zimmerl kommt dann auf die Debatte in der letzten Gemeinderatssitzung hinsichtlich der Auslegung des Paragraph 102 der Verfassung zurück und stellt fest, dass eine Ueberschreitung nur dann gemacht werden dürfe, wenn sie unvermeidbar ist und dass ein Nachtragskredit nur dann angefordert werden dürfe, wenn er unabweisbar ist. Er beschäftigt sich sodann mit dem Voranschlag für das Jahr 1930 und bemerkt, man könne diesen Voranschlag mit Fug und Recht wohl den letzten Voranschlag des Systems Breitner nennen. Es geht nicht mehr an, dass aus der Wirtschaft höhere Beträge herausgepresst werden, als zur Bewältigung der nach der Verfassung notwendigen Ausgaben unbedingt erforderlich ist und ebensowenig geht es an, dass die Vermögensvermehrung der Gemeinde sich demselben Ausmass vollzieht, wie bisher. U. R. Zimmerl beschäftigt sich insbesondere mit den städtischen Wohnhausbauten und kommt in diesem Zusammenhang

auf die Berliner Reise zusprechen, die in diesem Jahre Funktionäre der Gemeinde Wien gemacht haben. In Berlin haben wir uns überzeugen können, mit welcher Grosszügigkeit die Gemeinde Berlin das Verkehrsproblem löst, wovon bei uns keine Rede ist, aber auch davon wie ganz anders die Gemeinde Berlin sich zum Wohnproblem stellt. Dort wird in der grosszügigsten Weise die private Bautätigkeit gefördert, während bei uns für die private Bautätigkeit gar nichts geschieht, ja durch die Bauordnung die private Bautätigkeit noch erschwert wurde. Auch in der Berliner Stadtverwaltung sitzen Sozialdemokraten und Kommunisten, sie sind aber nicht so wirtschaftsfremd wie unsere Mehrheit. Was die Steuern und Abgaben betrifft, so verlangen wir neuerlich mit aller Energie, dass unsere Anträge, die seinerzeit mit Zustimmung des Referenten der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen wurden, endlich der Erledigung zugewiesen werden. Wir stellen weiters noch einmal die bedauerliche Tatsache fest, dass die Steuerermässigungen, die Sie vornehmen, sich in höheren Steuereingängen ausdrücken und dass daher von einer Entlastung der Wirtschaft keine Rede ist. In Berlin macht man auch eine ganz andere Steuerpolitik. Weder in Berlin noch in München kennt man unsere Nahrungs- und Genussmittel-, Fremdenzimmer-, Ankündigungsanzeigen-, Hauspersonal-, Feuerversicherten- und Wasserabgabe-, Steuern die bei uns 31'6 Millionen Schilling tragen. Es ist klar, dass bei solchen Steuern unsere Fremdenverkehrsbetriebe gegenüber denen von Berlin und München nicht konkurrenzfähig sein können. Aber auch soweit Berlin dieselben Steuern hat wie wir kann man den gewaltigen Unterschied zwischen einer vernünftigen und der austromarxistischen Praxis erkennen. Auch Berlin hat eine Vergnügungsabgabe aber dort zahlen 4'2 Millionen Menschen 14'4 Millionen Reichsmark während bei uns 1'8 Millionen 15'4 Millionen Schilling zahlen. Wobei festgestellt werden muss, dass Berlin ein ganz anderes geselliges und Nachtleben hat/und zwar durch das ganze Jahr. In Berlin sind alle ^{als Wien} ~~Wirtschafts~~ Veranstaltungen, die geminnützigen und mildtätigen Zwecken dienen, steuerfrei, die Freikarten bleiben dort von der Steuer frei, wozu noch kommt, dass es in Berlin keine Nahrungs- und Genussmittelabgabe gibt. In Berlin hat man für den Besuch eines Lokals, in dem konsumiert wird höchstens eine Mark pro Kopf zu zahlen, während in Wien, wenn 20 Schilling konsumiert werden, 6 Schilling Abgabe entrichtet werden müssen. Es nützt nichts, wenn wir die Post Fremdenverkehrsförderung

erhöhen aber bei der gegenwärtigen Art der Besteuerung bleiben. Dabei wird in Berlin noch eine erhebliche Teil der Vergnügungsteuer der Förderung der Kunst zugeführt, so z. B. über 2 Millionen Reichsmark als Betriebszuschuss an die städtische Oper, während man bei uns die Volksoper unter der Last der Abgaben hat zusammengerechnet lassen. GR. Zimmerl fasst seine Ausführungen über das Steuer- und Abgabewesen darin zusammen, dass das Steuerwesen reformiert werden muss. Dass sollte der Mehrheit die Steuer-rückstände zeigen die 24 Millionen Schilling betragen. Die Gesuche um Stundungen wachsen von Jahr zu Jahr. Wir erwarten, dass sie gelegentlich der Beratung der Steuergesetze, die wegen des Einspruches des Bundes vom Landtag neuerlich behandelt werden müssen, über eine wirkliche Steuerreform die für die Wirtschaft ganz gewaltige Vorteile bringen könnten, mit sich reden lassen. Hinsichtlich der Wasserkraftabgabe stellt GR. Zimmerl den Antrag, auf unverzügliche Vorlage eines Gesetzentwurfes womit die Wasserkraftabgabe aufgehoben wird. Zum Schlusse bemerkt GR. Zimmerl, dass Finanzreferent und die Mehrheit den Voranschlag nicht ernst nehmen, geht daraus hervor, dass das Defizit von 46 Millionen auf die Kassenbestände verwiesen wird. Die Voranschläge müssten endlich so aufgestellt werden, dass die Ziffern ernst genommen werden können. GR. Kunschak hat in seiner letzten Rede als Voraussetzung für eine befriedigende Zusammenarbeit im Gemeinderat verlangt, es möge reiner Tisch gemacht werden. Wir verstehen darunter: Weg mit den parteipolitischen Methoden, weg mit einer Finanzpolitik, die konfiskatorische Wirkungen hat, weg mit den Verfassungsbrüchen und dem Amtsmissbrauch, weg mit der Kontrolllosigkeit und Schluss mit der Vergewaltigung der Minderheit, das heisst Rückkehr zu vernünftigen wirtschaftlichen Grundsätzen und zur Achtung vor den demokratischen Einrichtungen. Darum werden wir mit allen Mitteln kämpfen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Minderheit).

GR. Dr. Wagner (E. L.) stellt mit Bedauern fest, dass St. R. Breitner es diesmal zum erstenmal unterlassen habe, die vorläufigen Erfolgsziffern der städtischen Einnahmen in den vergangenen Monaten bekanntzugeben. Geht man von diesen Erfolgsziffern aus, so ergibt sich, dass in fast allen Posten ein bedeutendes Mehrertragnis über das Präliminare hinaus erzielt wurde und dass der Rechnungsabschluss/wahrscheinlich eine Steigerung von 7 bis 10 Millionen ergeben wird. Aber auch ~~man~~ im Präliminare findet die

ungünstige Prognose die St. R. Breitner der Wirtschaft gestellt hat nicht ihre Bestätigung. Wenn St. R. Breitner einen Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen und politischen Fragen hergestellt und es beklagt hat, dass das Wort Bürgerkrieg zu einem Schlagwort des Alltags geworden ist, so hat schon St. R. Rummelhardt mit Recht darauf verwiesen, dass in bürgerlichen Zeitungen, für die die Mehrheitsparteien verantwortlich sind, von Bürgerkrieg nie die Rede war und dass die militanten Organisationen in ihren offiziellen Erklärungen niemals vom Bürgerkrieg gesprochen haben. Dagegen lässt sich feststellen, dass die sozialistische und die dem Sozialismus nahestehende Presse mit einem förmlichen Behagen das Wort Bürgerkrieg gebraucht hat. Man kann also nicht sagen, dass das Wort Bürgerkrieg die öffentliche Diskussion beherrscht hat, sondern man muss sagen, dass dieses Wort der öffentlichen Diskussion aufgezwungen wurde, mit der Absicht, dass es über die Grenzen gehe. Sicher hat die Beunruhigung der Öffentlichkeit durch allzuschärfe politische Demonstrationen rechts und links auf den Kredit Oesterreichs nicht günstig eingewirkt. Das ist aber eine vorübergehende Erscheinung und in kurzer Zeit wird unserer Staat durch die Aufnahme einer Anleihe beweisen, dass das Vertrauen des Auslands zu unserer Wirtschaft in vollem Umfang aufrecht ist. Auch wir bedauern das Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Aber es ist nicht zutreffend, wenn das geringere Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Wien gegenüber der Provinz auf die Steuer und Investitionspolitik in Wien zurückgeführt wird.

In Wirklichkeit sind die 122 Millionen Investitionen, von denen der Bürgermeister gesagt hat, dass sie in die Wirtschaft hineingepumpt werden, zum grossen Teil aus der Wirtschaft herausgepumpt worden. Denn die grosse Post von 87 Millionen Schilling für Wohnhausbauten kann nur für das laufende Jahr als Investitionsausgabe betrachtet werden. Im ganzen betrachtet sind die Beträge, die aus der Wirtschaft herausgeholt worden sind und durch ihre Ueberleitung in die tote Hand der Gemeinde verloren gehen. Aber auch in ihrer Wirkung auf das Jahr kann man diese 87 Millionen nicht als eine Stärkung der Wirtschaftsunternehmungen ansehen; St. R. Breitner rühmt sich ja selbst, dass die Unternehmungen, an die Lieferungen von der Gemeinde vergeben werden, keinen nennenswerten Kapitalgewinn zu erwarten haben. Das Präliminare kennzeichnet sich im Ganzen als eine Fahrt in alten Geleisen, nur in schnellerem Tempo. Keine neue Idee

dasselbe Steuersystem, nicht gemildert durch Steuerermässigungen, dieselbe Investitionspolitik, alles wird auf die eine Karte der städtischen Wohnungspolitik gestellt. Die trostlosen Verkehrsverhältnisse der Stadt sind in gar keiner Weise berücksichtigt. Die städtische Wohnungspolitik soll auch weiterhin in derselben grundsätzlichen falschen Art betrieben werden. ^{Dr.} GR. Wagner ersucht den Stadtrat Breitner in diesem Zusammenhang, bekanntzugeben, welche Beträge von der Dollaranleihe noch zur Verfügung stehen und bittet ihn, doch zu überlegen, ob heute nicht schon der Zeitpunkt kommen wäre, um die Kosten der Wohnhausbauten durch Anleihen zu decken. Wenn man bedenkt, dass die Gemeinde fast unverschuldet ist, die Wirtschaft aber an ausserordentlicher Kapitalsarmut leidet, dann wäre es schon gerechtfertigt, das wirtschaftsmordende Finanzierungssystem der Wiener Wohnhausbauten aufzugeben. Der Redner beklagt es sodann, dass keine Übersicht über den Besitzstand der Gemeinde vorhanden ist. Man weiss nicht, wie hoch der Wert der Liegenschaften, wie hoch der Wert der Unternehmungen ist wie hoch die Anleihen sind, welche Höhe der Kurswert der Papiere hat, die sich im Besitz der Gemeinde Wien befinden. Für die städtischen Unternehmungen gibt es gewisse Anhaltspunkte. Insgesamt ist ~~xxxx~~ für die acht städtischen Unternehmungen in den Bilanzen ein Unternehmerkapital von 143 Millionen Schilling ausgewiesen. In den letzten Jahren wurden bei den städtischen Unternehmungen fast 125 Millionen Schilling zur Abschreibung gebracht und die Abschreibungen für das Jahr 1928 allein betragen im Verhältnis zum Unternehmerkapital rund $9\frac{1}{2}$ Prozent. Es müssen also ungeheure Vermögenswerte sein, die in den städtischen Unternehmungen stecken und bei diesen starken Abschreibungen lässt sich vermuten, dass offenbar in fünf bis sechs Jahren die Unternehmungen ganz amortisiert sein sollen. Der Redner kommt sodann auf die Personalausgaben zu sprechen und stellt fest, dass es nicht richtig sei, immer hervorzuheben, die Gemeindeangestellten hätten den dreizehnten Monatsgehalt, die Bundesangestellten aber nicht. Da die Bundesangestellten zu der Zeit als die Gemeindeangestellten den dreizehnten Monatsgehalt bekamen, Erhöhungen in anderer Form erhielten. Wir gönnen den Angestellten und Arbeitern diese Erhöhungen, sie werden aber nicht in dem Ausmass und nicht so schnell gewährt worden, wenn nicht jene für

die Mehrheit politisch so ungünstige Verhältnisse eingetreten wären. Dr. Wagner bemerkt sodann hinsichtlich der Wohnhausbauten, dass die Sucht den Kasernenbau in der extremsten Form zu kultivieren, in den letzten Jahren ungeheure Fortschritte gemacht hat. Das Präliminare der Fürsorgeabgabe wurde erhöht, ebenso die Wertzuwachsabgabe. Die Wohnbauförderung des Bundes äussert sich bereits in der Belegung des Realitätenmarktes. Auch hier ist Stadtrat Breitner der Nutzniesser der Bundespolitik. Dass durch die städtischen Steuern der Nettoaufwand gedeckt wird, ist der beste Beweis, dass man mit Recht von einer Uebersteuerung der Wirtschaft sprechen kann, eine Uebersteuerung, die den Arbeiterstand am allerhärtesten trifft. Wir müssen auch protestieren gegen die parteipolitische Einstellung in der Subventionspolitik, die unter keinen Umständen noch weiter aufrecht erhalten werden kann. GR. Dr. Wagner polemisiert dann gegen die Ausführungen des Bürgermeisters und des Finanzreferenten, wobei er bemerkt, dass die Rede des Bürgermeisters in der letzten Gemeinderatssitzung nicht als Friedensrede angesehen werden kann. Er bezeichnet die Bewilligung des Zuschusskredites von 11 Millionen Schilling für das Wohnungswesen wieder als Verfassungsbruch, wobei er sich ausführlich mit den Bestimmungen der Paragrafen 102 und 89 der städtischen Verfassung beschäftigt. Zusammenfassend erklärt der Redner, dass das vorliegende Budget ein Klassenkampfbudget ist, dem die Zustimmung nicht erteilt werden kann. (Beifall bei der E.L.)

Stadträtin Dr. Alma Motzko (E.L.) erklärt, dass das vorliegende Budget kein Budget der Wirtschaftsförderung ist. Es wurde wohl vor einigen Monaten ein städtisches Uewerbeförderungsinstitut geschaffen, darüber findet sich aber im Budget nicht einmal eine Randbemerkung. Man weiss auch nicht, was das neue Institut schon gearbeitet und welche Pläne es hat. Das kann man wirklich nicht ehrliches Bestreben, der Privatwirtschaft zu Hilfe zu kommen, nennen. Für die Förderung des Fremdenverkehrs geschähe gleichfalls zu wenig, obwohl der Fremdenverkehr für Wien von hervorragender Bedeutung ist. Es ist ihnen aber an seiner Förderung nicht viel gelegen. Ihre wirtschaftlichen Experimente sind gegen jede Wirtschaftsförderung gerichtet. Ihre gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen haben lediglich die Aufgabe das bodenständige Gewerbe auf das schärfste zu konkurrenzieren. Während früher die städtischen Unternehmungen grundlegende Unternehmungen für das Wirtschaftswesen waren,

haben Sie bei diesen die rücklaufende Bewegung inauguriert. Die private Wirtschaft existiert für Sie einfach nicht, sie darf nur die Steuern zahlen. Da wurde die Steuerbeschwerdekommission gegründet. Ein Betrieb hat wegen der Bemessung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe am 19. Jänner 1926 die Beschwerde bei der Steuerbeschwerdekommission eingebracht. Die Beschwerde wurde jedoch erst am 30. Oktober ds. J. behandelt. Das Unternehmen konnte aber nicht solange warten und ist mittlerweile zugrundegegangen. Ein Geldinstitut hat eine Beschwerde bei der Kommission schon seit Oktober 1928 liegen. Sie ist bis heute nicht erledigt. Entweder ist das bürokratische Unfähigkeit oder liegt darin ein System? Sie zeigen auch keinen ernststen Willen, sich im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit einmal grundsätzlich zu befassen, obwohl sie die Pflicht haben, für die Wohlfahrt der Wiener Bevölkerung zu sorgen. In Berlin beziehungsweise im Reich werden die Arbeitslosen in die landwirtschaftliche Produktion überführt. Auch bei uns müsste für die Arbeitslosen Grund und Boden gesucht werden. Bei dieser Gelegenheit kommt die Rednerin auf die Siedlung Bruckhausen zu sprechen, wo etwa 500 Familien wohnen. Die Leute werden aber mit hohen Baustrafen schikaniert, ein Zustand, wie er weiter nicht mehr aufrechterhalten werden darf. Sie stellt folgenden Antrag: Zur Sanierung der Verhältnisse am Bruckhausen ist eine aus Fachleuten der zuständigen Abteilungen und aus Mitgliedern des Gemeinderates bestehende Kommission einzusetzen, die mit tunlichster Beschleunigung den zuständigen Ausschüssen zu berichten hat. Bei der Besprechung der Subventionspolitik der Gemeinde erklärt die Rednerin, dass auch darin zweierlei Mass angewendet wird. Die Subventionspolitik ist überhaupt eine Geheimwissenschaft. Wir verlangen daher ein Verzeichnis über alle einlaufenden Gesuche. Wie sehr Sie Ihren alten Kulturkampf-Standpunkt gegenüber der Caritas aufrechterhalten haben, beweisen die Wohnbausteuermessungen für katholische Schulen und Erziehungsheime. So wurde das Kloster in der Kaiserstrasse im Jahre 1925 mit 1205 Schilling pro Monat bemessen. Daraufhin wurde Beschwerde geführt. Diese wurde aber als Vorstellung behandelt und das Kloster im Sommer 1926 mit 4117 Schilling monatlich bemessen. (Rufe: Un-erhört!) Dieses Vorgehen kann nicht scharf genug gehandhabt werden. Am 21. Dezember 1926 kam dann mit diesen Instituten eine Vereinbarung zustande, doch war der Vertrag ein ganz einseitiger. Es erfolgte dann im Jahre 1927 eine dritte Bemessung mit 1251 Schilling monatlich. Die Schulbrüder in Strebersdorf wurden vor dem Uebereinkommen mit 547 Schilling und auf Grund des Uebereinkommens mit 771 Schilling bemessen. Mit dieser Hinaufsetzung der Bemessung haben Sie nichts anderes geplant, als die Caritas zu sprengen. Es ist Ihnen jedoch

dieser Anschlag nicht gelungen. Als dann für Sie die Gefahr bestand, dass Sie mit dieser Auslegung des Wohnbausteuerergesetzes umfallen werden, erfolgt im Juli 1929 eine 4. Bemessung. Dabei wurde das Kloster in Döbling von 5 H Schilli auf 140 Schilling monatlich herabgesetzt. Dem schuldigen Mann ist eben das Grausen angegangen, was aber nichts daran ändert, dass Sie die Caritas mit der Wohnbausteuer um 75 Prozent übersteuert haben. Der Leiter der betreffenden Magistratsabteilung musste sich sogar von einem Rechtsanwalt, der sich der Sache angenommen hat, den Vorwurf eines Erpressers gefallen lassen. Eintrauriges Zeugnis, wie beim Magistrat gearbeitet wird. Solange die Verwaltung dieser Stadt nicht auch eine Heimstätte für Gerechtigkeit wird, können wir dem Budget nicht zustimmen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Gschladt (E.L.) beschäftigt sich mit der Frage der Auslegung der §§ 89 und 102 der Verfassung und stellt fest, dass nach diesen Paragraphen in allen Fällen in welchen es sich um eine Kostensumme handle, wie beim Kauf, Verkauf, Pacht, bei der Erwerbung oder bei der Bauführung die Kostensumme zu den wesentlichsten Merkmalen des Gemeinderatsbeschlusses gehört. Das geht auch daraus hervor, dass von einer Ueberschreitung des veranschlagten Ansatzes gesprochen wird, worunter nur die Kostensumme in dem konkreten Fall gemeint sein kann. Der Redner beanständet sodann, dass die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben in diesem Jahre weit überschritten wurde und verlangt, dass diese Post nach den Erfahrungen der Vorjahre in einer entsprechenden Höhe ins Budget eingestellt werden möge. Auch mit dem Begriff der Rücklagen dürfte nicht so changiert werden. Es ist unzulässig, dass eine öffentlich Körperschaft solche Rücklagen macht, wie eine kaufmännische Unternehmung. Der Redner befasst sich sodann mit dem Personaletat und wendet sich dagegen, dass St. R. Weber ihn seinerzeit die Worte in den Mund geschoben habe, die Angestellten des Hauses seien Heloten. In Wirklichkeit habe er damals von der sozialdemokratischen Partei und ihren Heloten gesprochen. Uebrigens kann man erklären, warum gerade St. R. Weber zu dieser Behauptung gekommen ist. Unter der Angestelltenschaft wird ein bezeichnendes Vorkommnis der letzten Zeit besprochen. St. R. Weber pflegt sehr häufig Vorträge über das Bauwesen und das Stadtplanum zu halten ^{und braucht dazu Pläne}. Da wird nun im Hause erzählt, dass eine Firma im III. Bezirk, die sich mit der Herstellung von Plänen und deren Vielfältigung befasst, Scheinfakturen vorgelegt habe und der Zusammenhang soll der sein, dass St. R. Weber wieder für einen solchen Vortrag Pläne brauche und die Hersteller dieser Pläne, die offenbar dafür nicht entlohnt wurden, sich die Entlohnung durch Scheinfakturen einer Firma verschafft haben. Ein solcher Vorgang ist ganz unmöglich. GR. Gschladt erklärt sodann, seine Partei

habe sich immer dagegen gewendet, dass Politik/^{er} an der Spitze der Verwaltung stehe. Was soll man dazu sagen, wenn über die Bestimmungen der Verfassung hinaus in die Amtsbefugnisse der Magistratsbeamten eingreift. Eine Anzahl der höchsten Verwaltungsbeamten habe sich an seine Gewerkschaft gewendet und ihr eine Niederschrift überreicht, damit Schritte eingeleitet werden, gegen den unerhörten Druck, in dem sich leitende Beamte des Magistrates schon seit langem befinden. In dieser Niederschrift wird unter Beweis gestellt, dass eine Reihe von Bezirksamtsleitern des Magistrates täglich gezwungen werden ihr Gelöbnis als öffentliche Beamte zu brechen, in dem sie Übungsgemäss zum Bezirksvorsteher zitiert werden um ihm in die Akten der mittelbaren Verwaltung Einsicht zu geben, dass sie hinsichtlich der Erledigung dieser Akten Weisungen entgegennehmen und sich diesen Weisungen fügen müssen und eben dasselbe sei bezüglich der Abteilungsvorstände hinsichtlich der Agenden der mittelbaren Bundesverwaltung gegenüber den amtsführenden Stadträten der Fall. Es handelt sich hier nach dem Geist des Strafgesetzes um einen Amtsmissbrauch und um einen Verwaltungsskandal. Es wäre eigentlich natürlich gewesen, dass sich die Beamten in dieser Angelegenheit an den Magistratsdirektor gewendet hätten. In der Niederschrift wird nun gesagt, warum das nicht geschieht, nämlich deshalb weil der Mag. Direktor, dessen Unparteilichkeit der Bürgermeister in der letzten Sitzung so sehr gerühmt hat, sich selbst in vertrautem Kreise als den Parteisekretär im Rathaus bezeichnet hatte. (Hört! Hört! bei der E.L.) Alles das rechtfertigt meine Behauptung, dass die Beamtenschaft in diesem Hause unfrei ist, dass die Beamten förmlich als Sklaven unter der Sklavenpeitsche gehalten werden. Der Redner befasst sich sodann mit den letzten Gehaltsregulierungen und bemerkt, mit dem 13. und 14. Monatsgehalt werde Schwindel getrieben, da das in Wirklichkeit eine Regulierung zu Ungunsten der Angestellten sei. Man macht dadurch eine ordentliche Regulierung für alle Zukunft sehr schwer möglich. Denn der 13. und 14. Monatsgehalt ist keine Bezugserhöhung, sondern eine Sonderzahlung und die Folgen dieser Art der Gehaltsregulierung ist, dass nicht wie bei einer wirklichen Bezugserhöhung auch die Grundlage für alle Nebenbezüge erhöht wird. Besonders hart werden von dieser Art der Gehaltsregulierung die Pensionisten getroffen. Der Redner erklärt schliesslich er werde, das auch dieser Voranschlag/^{keinen Anhaltspunkt} dafür ergebe, dass die Personalpolitik geändert werden soll, gegen den Voranschlag stimmen (Beifall bei der E.L.)

GR. Pfeiffer (E.L.) erklärt, er müsse als Angehöriger einer auf dem Boden der Volksgemeinschaft stehenden Partei den Standpunkt des Klassenkampfes, der vom Bürgermeister in seiner letzten Rede hier vertreten wurde,
507

verurteilen, weil dieser Standpunkt antinational ist. Es war mehr als sonderbar, dass der Bürgermeister in derselben Minute, in der er von Versöhnung sprach, den Kampf der Klassen proklamierte. Beides verträgt sich miteinander nicht. Die Aufmärsche des Schutzbundes sind der Heimwehrbewegung vorausgegangen. Schon damals hat sich die Bevölkerung gefragt wohin diese Soldatenspieleri führen soll. Die Schutzbundbewegung war eine Provokation der nicht-marxistisch eingestellten Bevölkerung. Daneben hat es noch viele andere Provokationen gegeben, die eine Gegenbewegung auslösen mussten. Sie haben Hass gesät, und Hass geerntet. Die Mehrheit dieses Hauses steht eben auf den Standpunkt des Klassenkampfes. Ein Verdienst der Sozialdemokratischen Partei ist auch der Widerstand der Bundesländer gegen Wien. Zwei Tage nach den Juliereignissen hat der Bürgermeister von Wien hier eine Rede gehalten, die alle Oesterreicher empören musste. Bürgermeister Seitz hat die verbrecherischen Handlungen in Schutz genommen und das musste die Kluft zwischen Wien und den übrigen Bundesländern noch vertiefen. Ich bin froh, dass ^{es} eine Heimwehrbewegung gibt. Sie hat erreicht, was eine grosser Teil der Bevölkerung aus ihrer unerklärlichen Ruhe aufgerüttelt wurde und nunmehr der Verwaltung dieser Stadt nicht mehr uninteressiert gegenübersteht. Die Heimwehrbewegung hat auch der Freiheit in dieser Stadt den Weg freigemacht. Die Macht der Sozialdemokraten in der Stadt Wien beginnt zu wanken. (Gelächter bei der Mehrheit, GR. Reismann: Politischer Bettgeher! Rufe bei der Minderheit: Bei jeder Wahl habt Ihr geschwindelt!) Der Kampf, den wir gegen die Sozialdemokraten geführt haben, wird weitergeführt werden und wir hoffen, dass uns die neue Verfassung dazu bessere Möglichkeiten bieten wird. Wir sind gegen den Klassenkampf, für die Volksgemeinschaft, wir sind gegen die Isolierung der Stadt Wien, wir sind für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, wir wenden uns aber entschiedenst gegen den Parteiterror von seiten der Mehrheit dieses Hauses. Nachdem der Redner noch einzelne Gemeindeabgaben besprochen hat, erklärt er schliessend, dass er dem Budget seine Zustimmung nicht erteilen kann. (Beifall).

Die Sitzung wird um 22 Uhr abgebrochen. Nächste Sitzung morgen Mittwoch 16 Uhr.

Berichtigung. In der Rede des GR. Dr. Wagner hat es im Bogen X an der Stelle, wo davon die Rede ist, dass für die 8 städtischen Unternehmen in den Bilanzen ein Unternehmerkapital von 143 Millionen Schilling ausgewiesen, ist, statt 143 Millionen richtig 343 Millionen Schilling zu heissen.
 508
